

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 3

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

In der eidgenössischen Volksabstimmung vom 18. Mai ist das *sozialistische Volksbegehren auf Erhebung einer Vermögensabgabe* mit 328 275 gegen 421 764 Stimmen *abgelehnt* worden. 4 Kantone haben die Initiative angenommen, 18 lehnten sie ab. Die Stimmbeteiligung betrug 53 %. Die ablehnende Mehrheit von ca. 93 000 Stimmen kann nicht als groß bezeichnet werden, und es dürfte wohl außer Zweifel sein, daß das ablehnende Resultat nur deshalb erreicht wurde, weil der Boden hierfür politisch vorbereitet war. Bei der Würdigung des Resultates ist im übrigen davon auszugehen, daß die Vermögensabgabe nur 80 000 Stimmbürger betroffen hätte, wenigstens in direkter Weise, und man wird es deshalb den andern 340 000 Neinstimmenden als Verdienst anrechnen, daß sie die Initiative zu Boden brachten, obwohl sie selbst nicht Gegenstand ihrer Postulate waren. Diese Stimmbürger haben damit einen ausgesprochenen politischen Weitblick bezeugt, indem sie die grundsätzliche Gefahr dieser Initiative erkannten, welche darin lag, daß die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung getroffen werden sollte.

Im einzelnen ist festzuhalten, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Initiative Front machten. Einigermaßen merkwürdig war auch diesmal wieder die Einstellung des «Landesrings der Unabhängigen», der sich in einer Urabstimmung mit 50,4 % gegen 49,6 % für die Ablehnung der sozialistischen Initiative entschieden hatte. Dieses seltsame Ergebnis verdient deswegen Beachtung, weil es zeigt, wie wenig die Bewegung des Landesrings im Grundsätzlichen verankert ist. Das zeigte sich beiläufig auch in einem Zeitungsartikel, den Gottlieb Duttweiler einige Tage vor der Abstimmung publizierte, und in dem er seine persönliche Stellung zur Initiative in positivem Sinne umriß. Ohne Zweifel sind die annehmenden Mehrheiten in den Kantonen Zürich, Schaffhausen und beider Basel zu einem großen Teil auf diese Einstellung zurückzuführen, und es ist gut, wenn man sich für die Zukunft dieses Umstandes stets bewußt bleibt. Überhaupt läßt ja das Gesamtergebnis der Abstimmung erkennen, daß die Abwehr gegen weitere Vorstöße auf die bestehende Ordnung intensiv vorbereitet werden muß, denn das knappe Resultat ist durchaus dazu angetan, die Urheber der Initiative bei Gelegenheit zu weiteren Aktionen dieser Art zu ermuntern.

Das Ergebnis der Abstimmung vom 18. Mai hat nunmehr das Feld für die *Bereinigung der Vorlage über die Rüstungsfinanzierung* freigelegt, und die Abstimmung wird am 6. Juli stattfinden. Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß allerhand Anstrengungen erforderlich sein werden, um dieser Vorlage den Weg

freizumachen, stößt sie doch in manchen Teilen auf Opposition; es sei hier nur an die Bestimmungen über die Getränkesteuer und die Wehrsteuer erinnert.

Außer den bereits in früheren Berichten genannten Abstimmungen, welche aller Voraussicht nach in diesem Jahre stattfinden werden, wäre beiläufig noch ein weiterer Gegenstand zu erwähnen, der voraussichtlich ebenfalls zu einem Urnengang führen wird. Gegen die Vorlage der Bundesversammlung über den *Einbau von Luftschutzräumen* ist von sozialdemokratischer Seite das Referendum ergriffen worden mit der Begründung, daß die Vorlage die Hausbesitzer zu sehr schone und dafür die Mieter zu stark belaste. Dieses Referendum dürfte voraussichtlich zustande kommen. Auf die Abstimmung hin ist bemerkenswert, daß auch die Hausbesitzer die Vorlage mit Skepsis betrachten, freilich aus genau entgegengesetzten Gesichtspunkten, sodaß also mit einer starken Opposition gegen diese Vorlage zu rechnen ist.

Als erfreulich sei endlich noch vermerkt, daß das *Referendum gegen die Tabakkontingentierung* mit 39 000 Stimmen zustande gekommen ist. Es ist dies vornehmlich das Verdienst der unermüdlich regen Freisinnigen Partei des Kantons Zürich, die sich gegen alle Widerstände — auch in den eigenen eidgenössischen Reihen — durchsetzen konnte. Über diese Vorlage wird ebenfalls noch im Laufe dieses Jahres abgestimmt werden.

Jann v. Sprecher

Bericht aus London

Eine besonders einsichtige und beherzigenswerte Mahnung äußerte jüngst in einer Oberhausdebatte Lord Kirkwood, ein eben zum Peer ernannter Arbeiterführer, der in seinen jüngeren Jahren einmal der radikalste der Radikalen gewesen war. Er warf den Politikern aller Richtungen vor, sie hätten es nicht verstanden, den Arbeitern in einfachen Worten klar zu machen, was die Folgen eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs sein würden. Die Arbeiter hätten nie begriffen, worin die Nachkriegskrisen wirklich bestanden. Was England brauche, sei ein «Genie der Vereinfachung», das ihnen klarmachen könne, daß die Krise ein ebenso böser und gefährlicher Feind ist, wie Hitler es war. «Überzeugt die Arbeiter, daß der Kampf echt ist», rief er aus, «und sie werden das Vaterland nicht im Stich lassen».

Diese Ausführungen waren gewiß nicht parteipolitisch gemeint, und sie wurden mit Beifall auf allen Seiten aufgenommen. Aber es gibt ihnen doch ein besonderes Gewicht, daß sie von einem angesehenen, wenn auch kaum noch aktiven Arbeiterführer ausgehen. Denn wenn man

die gegenwärtige Politik der Arbeiterpartei

ins Auge faßt, so läßt sich die Feststellung nicht vermeiden, daß sie das mangelnde Verständnis der Wählerschaft für den Ernst von Englands wirtschaftlicher Krise ausbeutet, um ihre parteipolitischen Ziele zu fördern. Die konservative Regierung ist jetzt sechs Monate im Amt und — die Preise steigen immer noch! Das merkt jeder Wähler und besonders jede Hausfrau, und nichts ist daher leichter, als ihnen vorzudemonstrieren, daß diese Regierung versagt habe. Daß es dieser

Regierung immerhin gelungen ist, die Zahlungsbilanz zu verbessern und das internationale Zutrauen zum Pfundsterling wieder zu kräftigen, dafür hat nur eine Minderheit Verständnis, weil die meisten das nicht unmittelbar an ihrem täglichen Ausgabenbudget spüren und auch nicht die Fantasie besitzen, um sich auszumalen, wie es ihnen ergangen wäre, wenn der Weg in den Abgrund sich auch nur noch einige Zeit in dem gleichen Tempo fortgesetzt hätte wie in den letzten Monaten der Regierung Attlee. «Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas», hat vor hundert Jahren der französische Nationalökonom Frédéric Bastiat unterschieden. Wenn man den Engländern vorstellt, daß Großbritannien auf die Dauer nicht über seine Verhältnisse leben kann, so stimmt dem gewiß jeder zu, aber jeder meint, daß mit den Einschränkungen der andere anfangen müsse. Nun können Einschränkungen, die finanz- und wirtschaftspolitisch ins Gewicht fallen, aus mathematischen Gründen nicht vor den breiten Massen Halt machen. Aber aus denselben mathematischen Gründen geben diese breiten Massen bei den Wahlen den Ausschlag, und wenn sie über eine Maßnahme der Regierung böse sind, kommt ihr Ärger der Opposition zugute.

Das zeigte sich bei den

jüngsten Kommunalwahlen.

Sie brachten der Arbeiterpartei Erfolge, die ihre eigenen Erwartungen übertroffen zu haben scheinen. Gewiß darf man die Bedeutung solcher Wahlen nicht überschätzen, schon weil die Beteiligung bei ihnen erheblich geringer ist als bei den Parlamentswahlen. Aber die Niederlage der Arbeiterpartei bei den Kommunalwahlen von 1949 war der Vorläufer und das Vorzeichen ihres Rückganges bei den Parlamentswahlen von 1950 und 1951, und so ist es durchaus verständlich, daß ihre Führer nun behaupten, das Volk habe den Konservativen jetzt sein Vertrauen entzogen, ja daß einige sogar die Forderung erheben, die Regierung Churchill müsse das Parlament auflösen, um die Probe aufs Exempel zu machen. Daran ist natürlich im Ernst nicht zu denken. Churchill wäre der letzte, eine Position aufzugeben, solange er sie noch verteidigen kann, und bisher haben alle Abstimmungen im Parlament gezeigt, daß er dazu durchaus im Stande ist. Auch darf man wohl leise Zweifel hegen, ob die Führer der Labourpartei im Innersten ihres Herzens so sehr große Lust verspüren, schon jetzt wieder ans Ruder zu kommen und die Verantwortung für all die unpopulären und unangenehmen Maßregeln zu übernehmen, die auch ihnen nicht erspart bleiben würden. Von den inneren Differenzen der Partei ganz zu schweigen.

Trotzdem hat ihr großer Sieg bei den Kommunalwahlen seinen Einfluß auf ihre Politik und Taktik. Er gibt ihren Führern das Gefühl, daß ihre rücksichtslose und unablässige Opposition Anklang bei ihren Wählern findet und erhöht ihre Zuversicht, daß sie zur gegebenen Zeit die konservative Regierung ablösen werden. Besondere Bedeutung hat das bei dem Kampf um die verstaatlichten Industrien. Die Konservativen wollen die Verstaatlichung jedenfalls für zwei Gebiete rückgängig machen: die Eisen- und Stahlindustrie und den Gütertransport auf den Landstraßen. Hier soll also das Privatkapital wieder aktiv werden. Aber was für Chancen eröffnen sich denen, die dies Kapital hergeben sollen, wenn Herbert Morrison namens seiner Partei feierlich erklärt, sie würde, sowie sie wieder zur Macht käme, von neuem verstaatlichen und dann voraussichtlich zu Bedingungen, die den Kapitalisten sehr wenig gefallen würden? Diese brauchen zwar schwerlich zu befürchten, daß eine englische Regierung sie nach dem glorreichen Vorbild behandeln würde, das Dr. Mossadegh bei der «Nationalisierung» der Anglo-Iranischen Petroleum-Kompagnie gegeben hat. Aber auch dann kann sie ihnen noch immer Böses genug zufügen.

In welcher Weise die Regierung

die Stahlfabrikation wieder der Privatindustrie zuführen

will, ist noch nicht bekannt. Churchill hat zuletzt nur in Aussicht gestellt, daß die Vorlage dem Parlament noch in diesem Jahre zugehen werde, woraus man wohl mit Recht geschlossen hat, daß sie in der gegenwärtigen Session — die allerdings schon reichlich belastet ist — nicht mehr zu erwarten sei. Dagegen hat das Kabinett über die Neugestaltung des Transportwesens eine ziemlich allgemein gehaltene vorläufige Skizze vorgelegt. Sie hat nicht sehr viel Beifall gefunden, obwohl außerhalb der Sozialisten ziemliche Einmütigkeit über die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen übermäßig zentralisierten Systems besteht. Von allem anderen abgesehen bietet die Frage des Wettbewerbs zwischen der staatlichen Eisenbahn und dem von Privaten betriebenen Motortransport auf der Landstraße sehr große praktische und finanzielle Schwierigkeiten. Der neue Transportminister Lennox-Boyd hat keine leichte Aufgabe vor sich. Zudem hat er noch das an die Quadratur des Zirkels erinnernde Problem zu lösen, Fahrpreise zu ermitteln, die den Reisenden nicht allzu weh tun, ohne die Eisenbahn in ein allzu großes Defizit zu stürzen. Dabei verlangen die Eisenbahner schon wieder eine Lohnerhöhung von zehn Prozent.

Mit besonderem Eifer hat die Opposition bei den Kommunalwahlen gegen die Regierung die Beschuldigung erhoben, daß ihre

Finanzpolitik

vorzugsweise die finanziell Schwachen belaste. Diese Angriffe richteten sich besonders gegen zwei Punkte: den Abbau eines Teils der Subsidien für Nahrungsmittel und die Einschränkung der völligen Unentgeltlichkeit des Health Service. Hier wie dort arbeitet sie mit demagogischen Übertreibungen und zeigt, daß sie bereits wieder ein gut Teil des Verantwortungsgefühls eingebüßt hat, das die Sorgen der Regierung ihr aufgezwungen hatten. Daß die Subsidien nicht weiter und weiter wachsen dürfen, hat der jetzt leider verstorbene Sir Stafford Cripps als sozialistischer Schatzkanzler rückhaltlos anerkannt, und auch er wäre im Laufe der Zeit notgedrungen zu ihrem Abbau gekommen. Der konservative Schatzkanzler Butler führt diesen Abbau so vorsichtig durch, daß der weit überwiegende Teil der Konsumenten durch andere Vergünstigungen reichlich für die anderthalb Schilling entschädigt wird, die sie vielleicht künftig in der Woche für nicht subventionierte Lebensmittel mehr auszugeben haben. Mit vollem Recht hat er den Hauptwert auf eine Staffelung der Einkommenssteuer gelegt, die dem Arbeiter ermöglicht, sein Arbeitsverdienst zu steigern, ohne mit einer konfiskatorischen Besteuerung des Mehr bedroht zu werden. Das ist der rechte Weg zu der Vermehrung der Produktion Englands, an deren Notwendigkeit kein Sachkenner zweifelt. Aber diese erleichternden Folgen der Butler'schen Steuerpolitik werden sich erst in einigen Wochen dem Arbeiter bemerkbar machen, und bis dahin kann man erfolgreich gegen Schmälerung der Subsidien und Gebühren für Rezepte und Gebisse eifern. Das Gesetz über die Reform des Health Service ist nun mit Hilfe der «Guillotine» gegen die obstruktionistische Taktik der Labourpartei im Unterhaus durchgebracht worden. Aber diese Niederlage quittierte der Wortführer der Sozialisten, Marquand, mit der Ankündigung, wenn sie wieder zur Macht kämen, so würden sie alle diese Gebühren ausnahmslos wieder kassieren. Das ist unverhüllte Demagogie; denn dieser Mr. Marquand war selbst Gesundheitsminister und kennt als solcher nicht nur die prekäre finanzielle Lage dieser Verwaltung sehr genau, sondern hat auch einige der jetzt von ihm verdammt Gebühren selbst — gegen den heftigen Widerstand von Bevan — durchgebracht. Aber in der Opposition scheint er sich jetzt den Methoden seines damaligen Gegners anzupassen.

Damit berühren wir

die inneren Kämpfe der Arbeiterpartei,

welche die Öffentlichkeit vor einigen Wochen so lebhaft beschäftigt haben und die seitdem anscheinend unter der Oberfläche weitergehen. Bevans Versuch einer offenen Revolte im Parlament ist fehlgeschlagen. Er hat nur dazu geführt, daß die Fraktion die während ihrer Regierungszeit locker gewordene Disziplin wieder hergestellt hat. Jetzt ist jeder Abgeordnete, der sich ihrem Beschluß bei einer Abstimmung offen widersetzt, von der Gefahr des Ausschlusses bedroht. In der Vergangenheit hat das allen Sezessionisten ihr Mandat und damit ihre politische Existenz gekostet. Sie werden daher schwerlich viele Nachfolger finden. Man kann auch als sicher annehmen, daß die Partei in ihrer heutigen Zusammensetzung Attlee entschieden Bevan vorzieht. Aber wird das so bleiben? Auf den Parteitag konnte sich Bevan bisher auf die Wahlkreisdelegierten stützen, während die Gewerkschaften ihn ablehnten. Von den Führern der Gewerkschaften, älteren, erfahrenen, meist besonnenen Männern gilt das wohl auch heute noch. Aber ob diese hierin noch lange auf ihre Gefolgschaft rechnen können, ist keineswegs sicher. Eine der größten und ältesten Gewerkschaften, die Maschinenbauer (Amalgamated Engineering Union), hat jüngst widerspruchslos eine Resolution gefaßt, welche nicht nur das jetzige Maß der Aufrüstung ablehnt, sondern auch Friedensverhandlungen und Abrüstung fordert. Der Verband der Handlungsgehilfen (Shop, Distributive and Allied Workers) hat schon auf seiner Ostertagung einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Das ist in der Sache die Annahme der Bevan-Politik, wenn auch vielleicht nicht der Bevan-Führung. Man kann auch sagen, es ist die Rückkehr zu der Politik der Waffenlosigkeit, welche die Partei in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen mit so großem Mißerfolg getrieben. Hat sie doch noch Ende der dreißiger Jahre, als das Gewitter dicht vor der Entladung stand, die Wehrpflicht abgelehnt. Der Krieg und die mit der Regierung verbundene Verantwortung haben sie aus dieser Negation befreit. Männer wie Attlee, Morrison und Shinwell, dem Churchill bezeugt hat, daß er das Herz auf dem rechten Fleck habe, wissen sicher genau, daß es eine Rückkehr zu dieser bequemen Vogel-Strauß-Politik nicht mehr gibt. Aber sie entspricht einer langjährigen Tradition, die sich wieder durchsetzt, seit man nur noch Opposition zu machen hat. Es ist ein Kennzeichen der Lage, daß Dr. Dalton, der als Minister so wenig Lorbeeren geerntet hat, wieder in den Vordergrund tritt und Moskau gegenüber dieselbe Politik des «appeasement» befürwortet, die Hitler gegenüber so katastrophal geendet hat. Glücklicherweise zeigte die Antwort an die Sowjetunion, daß Englands amtliche Politik von solchen kostspieligen Illusionen frei ist.

Erich Eyck